



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

19 (13.1.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-189447](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-189447)

Mannheimer Generalanzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Götthardt, verantwortl. f. d. Politt. Dr. Fritz Götthardt, f. d. Form. Dr. A. Mohr, f. d. Form. f. d. Abt. des bes. Redaktionsrat. Dr. Hans K. H. Mohr, f. d. Abt. des bes. Redaktionsrat. Dr. Hans K. H. Mohr, f. d. Abt. des bes. Redaktionsrat. Dr. Hans K. H. Mohr, f. d. Abt. des bes. Redaktionsrat.

Badische Neueste Nachrichten

Kundgebungen: Die 14tägige Kolonial-Ausstellung... Kundgebungen: Die 14tägige Kolonial-Ausstellung... Kundgebungen: Die 14tägige Kolonial-Ausstellung...

Der Ernst der inneren Lage.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß unser inneres Staatsleben von neuen schweren Erschütterungen bedroht ist. Wären die Zustände im Westen nur die Folge der unnatürlichen Teuerung, so könnte oder müßte man sich mit ihnen abfinden und es billigen, wenn die Regierungen nach Mitteln und Wegen suchten, der unbefriedigten Notlage von Arbeitern und Beamten zu steuern. Aber die Zustände — das ist heute ganz sicher — haben weit mehr einen politischen als einen wirtschaftlichen Charakter. Es scheint fast so, als wollten unabhängige und Kommunisten schon in aller nächster Zeit einen erneuten umfassenden Versuch machen, die ihnen so bitter verhasste Koalitionsregierung der Mehrheitsparteien zu stürzen, selbst dann die Regierung in ihre Hände zu nehmen und das Rätegesetz einzuführen. Man wird sehen, ob der Zustand der Eisenbahner nur als das Vorbild zu einem über ganz Deutschland auszubreitenden Generalkrieg geacht ist. Auch für diese Möglichkeit liegen Anzeichen vor in dem offenkundigen Verhalten, immer weitere Arbeiterkreise in den Zustand hineinzuwickeln, so durch die soeben gemeldete Forderung der Absperrung der gewerblichen Betriebe vom Strombezug, die in Düsseldorf 10 000 Arbeiter auf die Straße wirft. Die Regierung, die nicht rechtzeitig genug eine auf den Preisabbau hinzielende Wirtschafts-, vor allem Produktionspolitik getrieben hat, wird sich wahrscheinlich wieder zu helfen suchen durch möglichst weites Entgegenkommen gegen die wirtschaftlichen Forderungen der Ausständigen und man wird abwarten müssen, ob auf diesem Wege der herausgehende politische Sturm noch einmal beschworen werden wird. Wir wollen hoffen, daß der überwiegende Teil der Arbeiter nach Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen sich zu den politischen Unternehmungen der Unabhängigen und Kommunisten nicht mehr gebrauchen lassen wird. Letztere aber dürfen sicher sein, daß auch ihr neuester Versuch, Deutschland endlich mit der Diktatur des Proletariats zu segnen, dem schärften und erbittertesten Widerstand begegnen wird. Jeder ernstliche Versuch, eine Regierung von Unabhängigen und Kommunisten zu errichten, wird die ganzen übrigen Kreise Deutschlands bis weit in die Arbeiterschaft hinein automatisch zusammenschließen zu entschiedenster Verteidigung der Ruhe und Ordnung und zur Bewahrung vor einem Elend, dessen Schrecken gar nicht auszudenken sind.

Ein kritischer Tag in Berlin.

□ Berlin, 12. Jan. (Von unserm Berliner Büro.) Heute nachmittags um 3 Uhr beginnt in der Rationalisierersammlung die zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes. Bis vor ein paar Tagen konnte man noch glauben, daß sie sich gleichgültig, vielleicht bei etwas lebhaftem Geplänkel zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten abwickeln würde. Inzwischen haben die Dinge aber eine andere Wendung genommen und so kann leicht heute ein kritischer Tag erster Ordnung werden. Es kann kein Zweifel mehr daran sein, daß die Radikalen, die Kommunisten und die Unabhängigen, jetzt wieder in vollster Eintracht vereint marschierend, zu einem großen Schlag gegen Regierung und Verfassung ausholen wollen. Der russische Rubel hat in den letzten Wochen und Monaten lebhaft gerollt. Auch Herr Karl Radek ist wohl nicht ganz müßig gewesen, und so stehen wir vor einer Massendemonstration, die im Verkehrsgewerbe, vornehmlich bei den Eisenbahnern des Westens angefangen hat und auf der Straße in Berlin heute Fortsetzung und vielleicht Krönung erfahren soll.

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg, die U. S. P. und der Volksgesundheitsrat Groß-Berlin sowie eine Anzahl Berliner Fachverbände, in denen bekanntlich der Radikalismus längst die Weinherrschaft hat, fordern in einem Aufruf in der „Freiheit“ die Arbeiter dazu auf, heute mittags 12 Uhr die Betriebe zu verlassen und vor dem Reichstag zu demonstrieren. Die Regierung und die Polizei haben, wie sie versichern sehen, alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen und die Mehrheitssozialdemokraten mahnen beweglich ihre Angehörigen, auf der Hut zu sein und nicht den „Verrätern“ zu folgen, die schmutzige politische Geschäfte machen wollen. Es ist zu wünschen, daß die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen genügen und die Demonstranten ihr eigentliches Ziel, in den Reichstag einzudringen und die Arbeit der Rationalisierersammlung zu stören, nicht erreichen. Dennoch wird eine ruhige, ordnungsmäßige und unbeeinträchtigte praktische Arbeit unter solchen Umständen ja nicht mehr möglich. Wie sehr die Straße schon auf das Parlament zu wirken beginnt, ergibt sich aus der Art, wie die Mehrheitssozialdemokraten, trotz dem von ihr vor Weihnachten geschlossenen Kompromiß nun das Betriebsrätegesetz zu interpretieren anfängt. Auch die Betriebs- und Parteifunktionäre der Mehrheitssozialdemokratie Groß-Berlin, die gestern eine Versammlung abhielten, haben, wennschon sie sich gegen die Rätegesetzsperrten, in „wesentlichen Punkten“ eine erhebliche Verbesserung des Betriebsrätegesetzes verlangt.

Industrie und Betriebsrätegesetz.

Man schreibt uns: Die nachhaltige Erregung, mit welcher die deutsche Industrie gegen die letzte Form des Betriebsrätegesetzes ankämpft, könnte den durchaus irtigen Anschein erwecken, als lehne die Industrie überhaupt die hier geplante

gesetzliche Regelung grundsätzlich ab. Das ist nicht der Fall. Mit manchem Gedanken des ersten Entwurfes im Frühjahr vorigen Jahres vermodete sich die deutsche Industrie abzufinden und war zur Mitarbeit an dem Gesetzentwurf von Anfang an bereit. Aber im Betriebsrätegesetz sind zwei ganz verschiedene Gedankenrichtungen enthalten. Einmal handelt es sich um den Ausbau der bisherigen Arbeiterausschüsse und Angestelltenausschüsse. Schon aus äußerlichen Gründen muß hier eine gesetzliche Regelung und Weiterführung des bisherigen erfolgen, da die behelfsmäßigen, aus der Demobilisierung entstandenen Verordnungen doch zu einem gesetzlichen Abschluß kommen müssen. Sehr zahlreiche Industriebetriebe sind auch mit der Einrichtung der Arbeiterausschüsse und Angestelltenausschüsse durchaus zufrieden, sehen in ihnen ein brauchbares Organ der Verständigung, des Verhandlung, einen Weg der Beschwerdeführung, der Anregungen. In diesem Sinne wurde der Ausbau der Angestellten- und Arbeiterausschüsse bei der ersten Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes von führenden Männern der deutschen Industrie geradezu willkommen geheißen. Aber das ist eben nur die eine Seite des jetzigen Gesetzentwurfes.

Der andere Grundgedanke ist der Rätegedanke, der mit jenem ersten ganz unorganisch und unvermittelt verknüpft worden ist. Bei der Verpflanzung des Rätegedankens in die Betriebe handelt es sich nicht um Verständigung, sondern um Kampf. Der Rätegedanke ist der Rätegedanke. Seine Anhänger wollen auch im einzelnen Betriebe das Mitbestimmungsrecht, das Kontrollrecht, das Verfügungsrecht, schließlich die Leitung und das Eigentum in ihre Hand nehmen. Der Weg dazu führt über die Aufsichtsräte, über die Buchkontrolle, über das Hineinreden in alle Einzelheiten des Betriebes. Dieser Rätegedanke ist keine wirtschaftliche Forderung eine politische Angelegenheit. Er will die Betriebsräte zu Stütztrupp einer ungeläuteten Sozialisierung machen, will die politische Diskussion, den politischen Kampf in die Betriebe hineinbringen. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich die deutschen Industriellen mit allen Kräften derartigen Bestrebungen widersetzen und alles aufbieten, den Rätegedanken aus dem Betriebsrätegesetz herauszubringen. Das ist es, worum sich der jetzige Kampf in der deutschen Wirtschaftspolitik dreht. Von einer Verständlichkeit der deutschen Industrie gegenüber den berechtigten sozialpolitischen Forderungen der Zeit kann dabei gar keine Rede sein, sondern nur von einer Abwehr des nach russischem Vorbild künstlich in unsere Gesetzgebung hineingezerrten Sowjetgedankens. In dieser Haltung weiß sich die deutsche Industrie in Übereinstimmung sogar mit gemäßigten Sozialisten wie Kalisz und Georg Bernhard.

Der Eisenbahnerstreik.

Weitere Verschärfung.

□ Berlin, 12. Januar. (Von unserm Berliner Büro.) Die Lage im Eisenbahnerstreik im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat sich gestern noch weiter verschärft. Der Essener Hauptbahnhof ist gänzlich geschlossen worden. Die Essener Gewerkschaftsleitungen, die noch vorgestern die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderten, haben jetzt selbst die Leitung des Streiks mit übernommen. In allen Versammlungen und Kundgebungen der streikenden Eisenbahner werden die von der Regierung bewilligten Lohn erhöhungen als ungenügend bezeichnet und beschlossen, bis zur restlosen Erfüllung der Mehrforderungen der Arbeiter mit rückwärtender Kraft vom Oktober 1919 den Streik fortzusetzen.

Das vom Militärbefehlshaber der Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden in Übereinstimmung mit der Reichsregierung erlassene Verbot der Stilllegung der Betriebe bleibt vorläufig ebenso wirkungslos wie der Aufzug der Reichsregierung an die ausständigen Eisenbahner. Die Eisenbahndirektion hat gestern unter Hinweis auf den Erfolg des Militärbefehlshabers in einer Bekanntmachung zur Wiederaufnahme des Dienstes in allen Stellen bis zum Mittwoch aufgefordert. Die radikale Strömung unter den Streikenden, die namentlich in Elberfeld und Hagen dominiert und die auch die Einstellung der auf Rosslandsarbeit fahrenden D-Züge, Lebensmittel- und Milchzüge verlangen, scheint immer mehr Anhänger zu gewinnen.

Berlin, 12. Januar. (WB.) Mehr als eine halbe Million Tonnen Kohlen, die für die Industrie und Hausbrand bestimmt sind, sind im Essener Bezirk verladen, können aber wegen des Streiks nicht abgefahren werden.

Düsseldorf, 12. Januar. (WB.) Die Eisenbahndirektion Elberfeld hat an alle Lemter und Dienststellen des Bezirks eine dringliche Mitteilung gerichtet, in der es nach Aufzählung der bei den Tarifverhandlungen in Berlin erreichten Zugeständnisse heißt: Diese Zugeständnisse berechtigen zu der bestimmten Erwartung, daß die Arbeiterschaft in dem für sie selbst und für die Allgemeinheit höchst verhängnisvollen Streik nicht einen Tag verharren wird. Hingukommt jetzt, daß die Heimförderung der Kriegsgüter aus Frankreich nach den neuesten Mitteilungen in größtem Umfang beooftet, und die Ansehigen derselben erwarten von den Eisenbahnern die Ausbietet aller Kräfte, um den Abtransport zu ermöglichen.

Düsseldorf, 12. Jan. (WB.) In der Streitfrage ist keine Veränderung eingetreten. Nach einer Verordnung des militärischen Befehlshabers werden Kabarett, Kinos, Bars sowie Konzertsäle gesperrt. Diese Maßnahme ist notwendig, weil nur unter dieser Bedingung die Streikleitung Kohlen liefert. Die Bedingungen der Streikleitung erfordern auch weiter die Absperrung der gewerblichen Betriebe vom Strombezug. Dadurch werden etwa 10 000 Arbeiter, die oft nur 6 Stunden arbeiten, arbeitslos. Mäherungen zu erreichen, war nicht möglich.

Die Haltung der Eisenbahnbeamten.

Essen, 12. Jan. (WB.) In einer Versammlung streikender Eisenbahner wurde heute folgendes Programm aufgestellt:

1. Nachzahlung der neuen Löhne ab 1. 10. 1919;
2. Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung;
3. Einreihung der gesamten Industrie in die erste Wirtschaftskategorie;
4. Solidarität mit allen Forderungen der Eisenbahnbeamten;
5. Aussperrungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden.

Dieses Programm wurde einstimmig angenommen. Ein Vertreter der Gewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten erklärte, daß die Eisenbahnbeamten infolge der Bewilligung ihrer Forderungen nicht mehr im Streik beharren, daß sie aber unter keinen Umständen den streikenden Arbeitern in den Rücken sollen werden.

Die Streiklage im Ruhrrevier.

Essen (Ruhr), 12. Jan. (WB.) Im Ruhrrevier sind die Belegschaften von drei Zechen in den Zustand getreten. Trotzdem von radikaler Seite zum Generalkrieg im Ruhrrevier gehetzt wird, glaubt man, eine Stilllegung der Betriebe vermeiden zu können, wenn es gelingt, die zahlreichen Arbeitswilligen zu schützen. Im westlichen Industriegebiet ist durch Sabotage der Streikenden der Telegraphen- und Telephonverkehr erheblich geschädigt worden. Nach einwandfreien Feststellungen handelt es sich hierbei um ein vorbereitetes Komplott zur Störung des Drahtverkehrs. An zwei Stellen ist ein großes Kabel mit 25 Leitungen zerhackt worden. Beamenschaft und andere technische Angestellte arbeiten an der Behebung der Störungen. Unter dem Druck der Verhängung des Ausnahmezustandes erklären sich heute auch die Streikenden bereit, die Anschläge für gemeinnützige Zwecke wieder herzustellen. Das Reichspostministerium verhandelt mit den Telegraphenarbeitern.

Ausstand in ganz Schlefien.

Berlin, 12. Jan. (WB.) In einer Versammlung von Vertretern namhafter in Breslau ist laut „Post. Ztg.“ der Eisenbahnerstreik in ganz Schlefien beschlossen worden.

Die bolschewistische Gefahr.

Man braucht Deutschland.

London, 12. Jan. (Sig. Draht. Ind.) Der „Observer“ schreibt in einem zum Teil von der französischen und englischen Presse mit heftigem Widerspruch aufgenommenen Artikel u. a.: Die Alliierten stehen nun vor einer Alternative, entweder verhandeln sie mit dem russischen Bolschewismus oder sie bedienen sich Deutschlands, um gegen ihn anzukämpfen. Der „Observer“ geht auf den ersten Fall weniger ein, behandelt dafür um so ausführlicher den zweiten, nämlich, wie man die Hilfe Deutschlands erhalten könnte und wie Deutschland für seine Hilfe zu bezahlen sei. Man wird, so schreibt das Blatt, Deutschland Rohstoffe liefern, wobei man sich durch geeignete Garantien versichern wird, daß es davon guten Gebrauch macht. Außerdem wird man die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme etwas herabsetzen, wobei der „Observer“ den hartnäckigen Widerstand Frankreichs voraussetzt. Außerdem möchte der „Observer“ die Karte Europas etwas geändert wissen. Er verlangt u. a., daß Oberschlefien deutsch bleibt, und daß die Republik Oesterreich entweder sich einer aus Tschecho-Slowakien, Litauen und dem jugoslawischen Kaiserreich zu bildenden Gruppe anschleße oder daß es vom Deutschen Reich annektiert werde. Der „Observer“ schließt seinen Artikel, indem er darauf hinweist, daß man, wenn man diese Mittel anwenden würde, Deutschland vielleicht dazu bringen könne, gegen Sowjetrußland vorzugehen, um alle noch möglichen Entwicklungen des Bolschewismus zu meistern.

Gemeinsame Verteidigung gegen den Bolschewismus.

Wien, 12. Jan. (WB.) Nach einem Junkpruch aus Warschau berief die polnische Regierung eine Konferenz aller Randstaaten ein, welche eine gemeinsame Verteidigung gegen den Bolschewismus organisieren soll. Für die zweite Hälfte des Monats erwartet man die litauischen, estnischen, finnischen, ukrainischen und kaukasischen Vertreter in Warschau. Man rechnet ebenfalls auf die Teilnahme Rumäniens, das infolge des ständigen Rückzuges Denikins durch den Bolschewismus gefährdet ist.

Die Unruhen in Asien.

Konstantinopel, 12. Jan. (WB.) Die Zeitungen melden, daß Enver Pascha die revolutionäre Bewegung in Turkistan, Afghanistan und Belutschistan leitet.

Nach der Unterzeichnung.

Lersner über den Frieden.

Paris, 10. Januar. (WB.) Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Freiherr v. Lersner, hat den Vertretern von Havas-Reuters und der Associated Press eine Unterredung gewährt, in dem er auf die Fragen der Pressevertreter folgendes ausführte:

Die Inkraftsetzung des Friedens legt Deutschland die schwersten Opfer auf, die wohl je einem Volke auferlegt worden sind. So besonders durch die Abtrennung von Gebieten, die seit Jahrhunderten zu Preußen gehörten und die ungeheuren wirtschaftlichen Verpflichtungen. Trotzdem ist die Wiederherstellung des Friedens erfreulich, denn Deutschland bekommt damit seine heißerlebten Söhne zurück. Herr Clemenceau hat mir erklären lassen, daß die Gefangenenfrage mit keiner anderen Frage verknüpft wird und die Heimsendung nach heute befohlen werden wird. Sie soll ohne Unterbrechung auf das schnellste durchgeführt werden. Das haben mir die Herren Loucheur und Dutasta versichert.

Deutschland hat bereits, ohne dazu durch den Friedensvertrag verpflichtet zu sein, mit der Ausführung einer Anzahl seiner Verpflichtungen beanonnen z. B. bezüglich der Kohlenlieferungen. Deutschland wird in der Ausführung seiner vertraglich übernommenen Verpflichtungen bis an die Grenze des Möglichen gehen. Wir hoffen, daß das deutsche Volk durch die allgemeine Wiedergewinnung seiner Arbeitsfähigkeit auch diese schweren Zeiten überwinden wird. Das Wirtschaftsleben Deutschlands und der Entente, vor allem Frankreichs, ist auf das engste miteinander

verküpfelt. Das wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs ist zu einem guten Teil von der wirtschaftlichen Erstarzung Deutschlands abhängig. Eine rücksichtslose Durchführung der Auslieferungsrage wird die schwersten Bedenken für die Ruhe und Ordnung in Europa haben. Die deutsche Regierung hat bereits auf die ernststen Folgen hingewiesen und Anregungen gegeben zur Lösung dieser Frage. Deutschland will sich verpflichten, alle von der Entente namhaft gemachten Schuldigen in Deutschland vor einen obersten Gerichtshof unter Anklage zu stellen und die Vertreter der Entente als öffentliche Ankläger mit weitgehenden Kontrollrechten zuzulassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Frage nunmehr von der Entente auf das Ernstlichste erneut geprüft wird. Der deutsche Vorschlag geht weit darüber hinaus, was J. St. Serbien unter Beifall der gesamten Entente Oesterreich gegenüber ablehnte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß unsere früheren Gegner ein Interesse daran haben, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse durch diese Frage zu erschweren.

Die Auslieferung der kleinen Kreuzer.

Berlin, 12. Jan. (W.B.) Gegenüber Nachrichten aus Kiel, daß die Mannschaften der fünf an die Entente abzuliefernden kleinen Kreuzer dieser in die Luft zu sprengen beabsichtigt sind, wie die Abendblätter melden, amtlicherseits bekannt, daß in Scapoffizierskreisen ein solcher Plan niemals bestand. Im Gegenteil sind die Offiziere seit langem bemüht, mäßigend auf die Befragungen einzuwirken, deren Forderung die Entente-Forderungen unerschütterlich ist. Wenn bei der Versenkung von Scapa Flow von einer deutschen „Schuld“ auch gar keine Rede sein kann, so wäre demgegenüber nach dem Standpunkt der deutschen Regierung das Sabotieren der 5 kleinen Kreuzer zweifellos ein Verbrechen, da sich die Regierung zu ihrer Auslieferung verpflichtet.

Vorbereitungen zur Abstimmung in Nordschleswig.

Sonderburg, 12. Jan. (W.B.) Die Sonderburger Zeitung meldet: Die interalliierte Kommission in Kopenhagen hat in Nordschleswig für die einzelnen Kreise bereits Vandräte und zwar, aus der dänischen Bevölkerung, ernannt. Außerdem wurden sogenannte Kontrollkommissionen gebildet, die die Abstimmung in den einzelnen Kreisen vorbereiten sollen. Denselben gehören sowohl Deutsche als auch Dänen aus der einheimischen Bevölkerung an.

Eine Bekanntmachung an die Saarpfänger.

München, 12. Jan. (W.B.) Ministerpräsident Hoffmann hat an die Pfälzer und bayrischen Angehörigen des neuen Saarlandes eine amtliche Bekanntmachung gerichtet, in der es heißt: Nicht nur Sprache und Sitte, auch das Bürgerrecht gibt den Saarpfängern die Befugnis, sich Deutsche zu nennen und sich nach Ablauf von 15 Jahren bei der vertraglich vorgeesehenen Volksabstimmung als solche zu bezeichnen. Wir werden die innigen Beziehungen der Volksgemeinschaft hegen und pflegen und mit Zuversicht auf den Tag hoffen, wo wir unsere Saarpfänger mit freudigem Stolz wieder als Glieder unseres Staates begrüßen dürfen.

Ein Aufruf der Rheinlands-Kommission.

Koblenz, 12. Jan. (W.B.) Die Interalliierte Rheinlands-Kommission veröffentlicht einen Aufruf, wonach mit dem Tage des Friedensschlusses sie die oberste Vertretung der alliierten Regierungen in den besetzten Gebieten beginnt. In dem Aufrufe heißt es weiter: Die interalliierte Kommission werde gemäß den Zuweisungen der alliierten Regierungen bestrebt sein, der rheinischen Bevölkerung die Lasten der Besetzung so leicht als möglich zu machen unter der einzigen ausdrücklichen Bedingung, daß es der deutschen Regierung ernst sei, den Völkern, die ein Opfer des Krieges geworden seien, die ihnen zustehenden Entscheidungen zu leisten. Der rheinischen Bevölkerung wird die genaue Ausführung der „außerordentlichen Freiheiten“ des Befugnisstatus zugesichert. Andererseits müsse aber Sorge getragen werden, daß die Sicherheit der Truppen in keiner Weise gefährdet werde. Die Kommission hofft auf das gemeinsame Wirken der deutschen Beamten und Behörden, um in vollem Einverständnis mit ihnen der Bevölkerung der besetzten Gebiete Ordnung, Arbeit und Freiheit zu gewähren, bei ungehinderter Ausübung ihrer öffentlichen und privaten Rechte und legitimen Bestrebungen. Die Kommission hofft, daß das Zusammenleben mit den alliierten Truppen keinerlei Anlaß zu Reibungen geben, sondern vielmehr den Völkern ein Mittel sein werde, sich näher kennen zu lernen, und durch das Band der Arbeit, Ordnung und des Friedens vereint, einem besseren Zeitalter entgegenzuströmen.

Wir glauben, die Deutschen im besetzten Gebiet kennen die Franzosen bereits gut genug.

Rückkehr des französischen Oberkommissars aus Paris.

Mainz, 12. Jan. (W.B.) Der Sonderberichterstatter des Echo du Rhin meldet aus Koblenz, daß der französische Oberkommissar für die besetzten Rheinlande, Laird, gestern nachmittags aus Paris, wo er an der Zeremonie der Ratifizierung des Friedensvertrages teilgenommen hatte, zurückgekehrt ist. Er begab sich unter militärischer Eskorte zu dem Palais der Interalliierten Kommission, auf dem alsbald die französische Fahne gehißt wurde. Kurz darauf hatte er eine Besprechung mit seinen Kollegen von der Kommission. Nach derselben wurden auch die belgische, englische und amerikanische Flagge neben der französischen gehißt.

Reise des englischen Betreters nach Deutschland.

London, 12. Jan. (Reuter.) Der diplomatische Betreter für Deutschland, Kilmarock, ist heute nach Deutschland abgereist, um dort seine Amtstätigkeit aufzunehmen.

Erste Zusammenkunft des Völkerbundes.

Genève, 12. Jan. (W.B.) Juntspruch. Eine Meldung aus Paris besagt, daß die erste Zusammenkunft des Völkerbundes auf Freitag, 16. Januar 10½ Uhr vormittags festgesetzt ist. Leon Bourgeois wird die Sitzung mit einer kurzen Rede eröffnen. Curzon vertritt Großbritannien, Di Martino Italien, Huysmann Belgien. Der amerikanische Botschafter hat Präsident Wilson drakhtlich von der Festsetzung des Zeitpunktes Mitteilung gemacht, damit der Präsident die erste Zusammenkunft des Völkerbundes, wie im Friedensvertrag vorgesehen ist, einberufen kann. Der Völkerbund wird mit oder ohne die Vereinigten Staaten in kurzer Zeit in Kraft treten.

Die Rückbeförderung unserer Kriegsgefangenen.

Berlin, 12. Jan. (W.B.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich wird nunmehr sofort beginnen und mit möglichstster Beschleunigung durchgeführt werden. Die französische Regierung beabsichtigt, täglich 5-7000 Kriegsgefangene herauszugeben. Besprechungen über die Durchführung des Transportes haben in Paris unter Hinzuziehung deutscher Transportfachvertre-

der bereits begonnen. Für die Räumung der im französischen Hinterland befindlichen Lager ist auch der Seeweg ins Auge gefaßt. Das Eisenbahnmateriale wird in jedem angeforderten Umfang von deutscher Seite gestellt. In der Presse aufgetauchte Nachrichten, daß die von Deutschland zu liefernden Eisenbahnwagen nicht rechtzeitig zur Stelle gewesen wären, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Wagen stehen bereit und es ist Vorsorge getroffen, daß das Eisenbahnmateriale zu jeder Zeit sofort nach Anforderung durch die französischen Behörden abrollen kann. Die Zahl der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsgefangenen wird laufend bekannt gegeben.

Rückkehr deutscher Kriegsgefangener aus Japan.

Berlin, 12. Jan. (W.B.) Der dritte Heimschiffungs-transport deutscher Kriegsgefangener hat Japan am 5. Januar auf dem Dampfer „Himalaya Maru“ verlassen. An Bord befinden sich 22 Offiziere, 26 Portepeunteroffiziere und 908 Unteroffiziere und Mannschaften, auf 956 Mann, wovon der größte Teil aus dem Lager Korsura, der übrige aus dem Lager Ragona kommt.

Die Ratifikation durch Bulgarien.

Sofia, 12. Jan. (Havas.) Die Soprovanje hat den Vertrag von Neuilly ratifiziert und hat die Hoffnung ausgedrückt, der Vertrag möchte so rasch als möglich in Kraft gesetzt werden.

Die Zukunft Konstantinopels.

Anapolis, 12. Januar. (W. B.) Ein Juntspruch aus Washington meldet, daß augenblicklich über einen Plan beraten wird, wonach der Völkerverbund die Kontrolle über Konstantinopel in Trötenangelegenheiten erhält und die Stadt selbst freihafen wird.

Der Fall Valentin.

Am Sommersemester 1917 verordnete bekanntlich der nicht-staatliche außerordentliche Professor Dr. Veit Valentin auf sein Recht an der philosophischen Fakultät der Universität in Freiburg. Vorlesungen über neuere Geschichte hätten zu dürfen. Dieser Bericht erfolgte als Konsequenz einer Erklärung, die er ein halbes Jahr vorher an das Ministerium des Kultus und Unterrichts abgegeben hatte. Damals hatte er bemerkt, daß er auf seine verna legendi in der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg verdrängt würde, wenn der Ausgang des Privatrechtsverfahrens des Professors Cohnmann gegen ihn Anlaß dazu geben sollte. Der Prozeß im Am. November 1916 wurde einen für Prof. Valentin ungünstigen Verlauf erlebt worden, jedoch Prof. Valentin im Dezember von seinem Lehramt zurücktrat. Nach Ausbruch der Revolution tadelte die Reichsregierung den Vorkurs des Freiburger philosophischen Fakultät und des baltischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts gegen Valentin und bei Beratung einer förmlichen Entzoge. In der baltischen Nationalversammlung über die Hochschulreform befahte man sich gleichfalls damit. Die philosophische Fakultät der Universität Freiburg beschloß daraufhin die Veröffentlichung der auf den Fall Valentin bezüglichen Aktenstücke. In einem Bande von 180 Seiten ist die Veröffentlichung im Verlage von Duncker und Humblot in München erfolgt. Sie ist herausgegeben von dem ordentlichen Professor der neueren Geschichte an der Universität Freiburg i. Br. Dr. Felix Rappelt, der auch eine Zusammenstellung der Tatsachen verfaßt hat, in der er zu folgenden Ergebnissen kommt: Die philosophische Fakultät in Freiburg ist sich bewußt, daß sie bei ihrem Vorgehen gegen ihren früheren Privatrechtsgegnern Herrn Professor Dr. Veit Valentin pflichtgemäß ihres Amtes gewaltet und sich strengstens innerhalb der Grenzen ihrer Kompetenz gehalten hat. Sie hat keinen „Verstoß gegen die öffentlichen Rechte“ begangen. Sie hat sich nicht der Parteilichkeit und des öffentlichen Rechtsbruches schuldig gemacht. Politische Motive, welcher Art auch immer, lagen ihr vollkommen fern und waren politische Momente in den Verlauf der Angelegenheit hineinzuwickeln drohten, da wurden sie sofort ausgeschlossen. Es kann nicht im geringsten davon die Rede sein, daß sie deshalb gegen Valentin einschritt, weil sie wider ihn wegen „Tirpitz-Verleumdung“ oder „Kaiser gegen Tirpitz“ ungenügend war. Die Fakultät hat es stets als eine ihrer vornehmsten Aufgaben angesehen, sich bei ihr anzustellen, in weiterem Sinne zu ihr gehörigen Privatrechtsgegnern nach Rechtsbruch annehmen und sie zu loeren; das hat sie auch gegen Valentin, um seinen persönlichen Wünschen entgegenzukommen, in einem Maße bewiesen, das bis an die Grenze des Möglichen reicht.

Deutsches Reich.

Wiederaufnahme der Arbeit im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 12. Jan. (W.B.) Den Abendblättern zufolge sind die Angestellten der Berliner Versicherungsunternehmen heute vormittag an ihren Arbeitsstellen erschienen und haben die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen. Zu Kundgebungen ist es nirgends gekommen.

Hamburg, 12. Jan. (W.B.) Eine Versammlung der ausländigen Versicherungsangestellten hat fast einstimmig beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Notlage der Postbeamten.

Karlsruhe, 12. Jan. Gestern vormittag fand im Saale des Colosseums eine zahlreich besuchte Versammlung der Postbeamten statt, in der Oberpostsekretär Kallas und Postsekretär Meyer die Notlage der Postbeamten infolge der Teuerung besprachen. Nach einer längeren Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der folgende Forderungen erhoben wurden: 1. Die Erhöhung des Grundlohnes der Teuerungszulage um 800 Mt., der Kinderzulage um 150 Mark ab 1. Januar; 2. die Gleichstellung der ledigen mit den ledigen Verheirateten; 3. die Festsetzung des künftigen Dienstlohnens unter genauer Berücksichtigung der gegenüber dem Friedensstand eingetretenen Geldentwertung.

Minister Kuer wiederhergestellt.

München, 12. Jan. (W.B.) Minister Kuer ist so weit wiederhergestellt, daß er morgen die Klinik verlassen kann.

Erhöhung der wichtigsten Postgebühren.

Berlin, 12. Jan. (Von unv. Ver. Büro.) Reichspostminister Giesbert hat, wie der Postischen Zeitung von dort berichtet wird, bei seinem Auftreten in Dörmund u. a. erklärt, der diesjährige Postetat habe mit einem Mehrlauftrag von 150 Millionen Mark abgegolten. Im nächsten Jahr würde er eine Viertel Milliarde betragen. Um diesen Anschlag durch eigene Einnahmen zu decken, müssen die Postgebühren erheblich erhöht werden. Giesbert erklärte, daß dies die Voraussetzung für einen Postetat von 150 Millionen für ein Jahr sei. Die Tarifentwürfe werden auf drei Mark, die Fernsprechkosten auf etwa tausend Mark festgesetzt werden. Das wäre aber gleichbedeutend mit einer Verdoppelung des Betrages. Trotzdem sei eine Erhöhung der wichtigsten Gebühren wohl unausbleiblich.

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Der Nationalversammlung ist vom Reichsarbeitsminister der Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vorgegangen. Die ihm beigegebene Begründung faßt das Gesetz als ein Glied auf in der Reihe von Maßnahmen, die das Schicksal der Kriegsbekämpften und Kriegerehrten verbessern sollen. Es gilt, neben der neu zu regelnden Rentenversorgung

den Kriegsbekämpften den Segen der eigenen Arbeitslosigkeit zu erhalten. Die Notlage der deutschen Wirtschaftslebens erfordert besondere Maßnahmen, damit die Schwerbeschädigten sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten können. Es ist beabsichtigt, zwei Hauptformen zu vereinigen, in denen dieses Ziel erreicht werden soll. Von den Arbeitsplätzen der Abfertigten des öffentlichen Rechts sollen bestimmte Anteile, von denen verbaler Arbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen den Schwerbeschädigten vorbehalten werden. Zur Durchführung dieser Absicht werden nicht nur die Fürsorgestellen, sondern auch die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Schwerbeschädigten selbst über ihre Vertretungen herangezogen. Der Ueberlassung von Siedlungstellen auf dem Lande ist dabei ausdrücklich gedacht.

Aus den Bestimmungen des Gesetzes ist hervorzuheben, daß die Schwerbeschädigten möglichst ihrem alten Beruf erhalten werden sollen; hierzu wird gerade in den Kreisen der Kriegsbekämpften erwartet, daß das bekannte Drängen nach Arbeitstellen sich vermindern wird. Eine andere bemerkenswerte Festsetzung schreibt vor, daß die Entlohnung nach der Arbeitsfähigkeit des Schwerbeschädigten zu bemessen ist. Zwischen dem Arbeitgeber und dem schwerbeschädigten Arbeitnehmer soll auch nach dem neuen Gesetz das Arbeitsverhältnis auf dem freien Arbeitsmarkt beruhen. Deshalb ändert sich an dem Kündigungrecht beider grundsätzlich nichts; Einschränkungen des Kündigungsrechts, die auf anderen Gesetzen beruhen, werden hierdurch jedoch nicht berührt. Die Kündigungsfrist beträgt für die Entlassung Schwerbeschädigter mindestens vier Wochen. Bei Streitigkeiten über die Verpflichtungen aus dem Gesetz ist der Schlichtungsausschuß zuständig; bei Verstößen privater Arbeitgeber sind Geldbußen bis zu 10 000 Mark möglich. Für einen Zeitraum von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes kommt den Schwerbeschädigten noch ein erweitertes Schutz gegen Kündigungen zugute.

Frankreich.

Die Präsidentenwahl.

Paris, 12. Jan. (W.B.) In den Wandelgängen des Palais Bourbon ereignet sich trotz des regen Verkehrs niemand über die Präsidentenwahl. Man weiß im voraus, daß Clemenceau Präbidentenkandidat sein wird. Einzig über die Ernennung des Ministerpräsidenten sind verschiedene Meinungen vorhanden. Im allgemeinen nimmt man an, daß Millerand als Nachfolger Clemenceaus gewählt wird. Aber man weiß noch nicht, wen er als Mitarbeiter bestimmen würde.

Stachburg, 12. Jan. (Via Draht. Ind.) Die Frage, ob der bisherige Generalkommissar Millerand als Nachfolger Clemenceaus die Präbidentenschaft übernehmen wird, beschäftigt die politischen Kreise lebhaft. Millerand hat zwar kategorisch bestritten, daß er bereits als Nachfolger Clemenceaus in Aussicht genommen sei. Man legt das Dementi allgemein dahin aus, daß die Frage bis jetzt noch nicht entschieden sei, aus dem guten Grunde, weil Clemenceau ja überhaupt noch nicht Präsident der Republik ist, und deshalb eine Berufung Millerands durch ihn noch nicht erlangen sein kann. Im allgemeinen sieht man in politischen Kreisen Millerand ungern scheitern, da er der einzige ist, der der zahlreichen Schwierigkeiten, die das Uebergangsregime bietet, Herr werden kann.

Amerika.

Der Kampf gegen Wilson.

Washington, 12. Jan. (Via Draht, Ind.) Der zwischen dem früheren Staatssekretär Bryan und dem Präsidenten Wilson entstehende Graben scheint sich nach Aussagen von Senatoren beider Parteien noch mehr zu vergrößern. Zahlreiche demokratische Senatoren sprechen sich offen gegen Wilson aus und vor allem stellen sie seine Absicht bloß, die Ratifikationsfrage vor das Volk zu bringen.

Letzte Meldungen.

Die preussische Regierung an die auscheidenden Staatsbürger.

Berlin, 12. Jan. (W.B.) Die preussische Regierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

An die aus Preußen auscheidenden Staatsbürger! Anknüpfend an die Kundgebungen, die der Reichspräsident und die Reichsregierung an die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverbande auscheidenden Reichsteile gerichtet haben, wendet sich die Regierung des Preussischen Staates noch besonders an die von der Abtretung an fremde Staaten betroffenen Bürger. Der dem deutschen Volke ausgegangene Erbe von Vorfällen trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit ferndentscher Bevölkerung, die in Jahrhunderte langer Zugehörigkeit zu Preußen sein Schicksal teilten, und an seinem kühnen Aufstieg teilgenommen haben, die es durch sorgsame Verwaltung unter Einwirkung der finanziellen Kräfte des gesamten Staates auf einen hohen Stand wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat, muß es preisgeben. Das Band staatlicher Zugehörigkeit wird nun gelöst. Das Band der Zusammengehörigkeit der Geister und der Herzen kann keine Macht der Erde lösen. Was gemeinsame Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahrhunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt zu zerstören. Wir geloben Euch Treue! Haltet sie uns und pflanzt sie in die Herzen Eurer Kinder! Das Recht der Selbstbestimmung, das zur Unterlage des Friedens werden sollte, ist Euch versagt worden. Mit der Reichsregierung gibt auch die preussische Regierung ihre Hoffnung nicht auf, daß dieses natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der Zeit durchsetzen muß. In diesem Sinne gilt auch für Euch das Wort: Immer daran denken, niemals davon reden.

Berlin, 12. Januar 1920. Die preussische Staatsregierung: grs. Hirsch, Fischbeck, Braun, Henrich, Heine, Defer, Dr. Südbum, Siegenwald, Dr. Amehndorf.

Unfreundliche Haltung englischer Hafenarbeiter. Amsterdam, 2. Jan. (W. B.) Die „Times“ melden vom 10. ds. Mts., daß der deutsche Dampfer „Hebwig Fischer“ immer noch im Hafen von Berry liegt, da sich die Dockarbeiter trotz der von der Leitung des Dockarbeitersverbandes erfolgten Weisung entschieden weigern, 10 000 Pfennig Fleischkonferenzen einzuladen. Auch die deutsche Flagge mußte auf Erfuchen der Dockarbeiter entfernt werden.

Die Kämpfe in Sibirien.

Amsterdam, 12. Jan. (W.B.) Das Reuterbüro meldet aus Peking unterm 8. ds.: Die Sozialrevolutionäre befinden sich im Besitz von Irkutsk, nachdem die Truppen Somennows aus dem Bahnhofe vertrieben wurden.

Eine Erklärung des Grafen Czernin.

Berlin, 13. Jan. (W.B.) Graf Czernin veröffentlicht, wie die Blätter melden, eine Erklärung, der zufolge die österreichisch-ungarische Regierung niemals die Absicht gehabt habe, Deutschland zu verraten, sondern nur die, mit größerer Bewegungsfreiheit zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen.

Störungen in den Fernsprechleitungen.

Berlin, 12. Jan. (W. B.) Durch Witterungsstöße sind in den Fernsprecheinrichtungen Störungen aufgetreten. Die den Fernsprechanlagen nach dem Westen in Mitteleuropa gezogen haben. Betroffen sind u. a. Frankfurt a. M., Köln, die Rheinlande und Westfalen.

Wästgüterdorst, 12. Jan. (W. B.) St. „Strangshol“ erregte sich heute früh vor dem Königsbader Tunnel auf der Strecke Dittelsbach-Glag ein Dammwusch. Zwei Häuser wurden zerstört. Die Fahrgäste mußten den Tunnel zu Fuß umgehen.

Handel und Industrie.

Elektrizitäts A.-G. vorm. Schuckert & Co., Nürnberg.

Das per 31. Juli abschließende Geschäftsjahr 1918/19 schließt mit einer Gewinnziffer und Einnahmen aus Anlagen, Unternehmungen und Effekten von 96 Mill. M ab, die sich durch den vorjährigen Gewinnvortrag von 1,27 Mill. M auf 10,58 Mill. M erhöht. Nach Abzug der Verwaltungskosten (806 467 M), der Obligationenzinsen (1,707 Mill. M, von Steuern 1,48 Mill. M etc. bleibt ein Reingewinn von 6,37 Mill. M, woraus 8% Dividenden zur Verteilung vorgeschlagen werden.

Für die Teuerungsbewältigung sind lt. Jahresber. Grenzen gezogen, weil der Verbrauch elektrischen Lichtes, besonders jedoch die Benutzung der Verkehrsmittel eingeschränkt wird, sobald die Tarife über eine gewisse Höhe hinausgehen. Die infolgedessen eintretende geringere Ausnutzung der Betriebsanlagen vergrößert die Verluste. Die Möglichkeiten für den Bau und Betrieb von Elektrizitätswerken und Straßenbahnen im Ausland sind deutschen Unternehmern für die nächste Zeit verschlossen. Im Inland ist der Unternehmertum durch die Elektrizitäts- und Kommunalisierungsgesetze stark gelähmt. Es ergeht sich daraus die Aufgabe, unsere Tätigkeit auf neue Gebiete auszuweiten. Diese teilweise Umstellung hierauf ist seit längerem vorbereitet. Ueber die Abwicklung der Auslandsbeteiligungen hofft die Verwaltung auf eine angemessene Bewertung der Ansprüche zu einem Resultat zu führen. Die Ergebnisse der einzelnen Unternehmungen waren kurz folgende: Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. Dividende von 10%, wie im Vorjahr. — Die Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werke in Wien blieben für das Jahr 1918 dividendenlos (7% im Vorjahr). — Die Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Mannheim Dividende von 5%, wie im Vorjahr. Der Abschluß der Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Nürnberg, wie im Vorjahr 3% Dividende. Großkraftwerk Franken A.-G., Nürnberg, wieder 5% Dividende. Die Dividende der Fränkisches Ueberlandwerk A.-G., Nürnberg, beträgt wie in früheren Jahren 5%. — Die Würzburger Straßenbahnen A.-G. konnte wiederum 6% Dividende aus dem Ergebnis des Betriebes ausschütten.

Die Bilanz 1918/19 selbst verzeichnet unter Aktiven Stammanteil Siemens-Schuckertwerke 44,050 Mill. M und unkündbares Darlehen an diese 35 Mill. M. Letzteres ist anteilnehmend erhöht um 10 Mill. M, da das gewährte mit Siemens u. Halske A.-G. gegebene Gesamtdarlehen auf 70 Mill. M erhöht worden war. Die Immobilien stehen mit 1,34 Mill. M zu Buch. Das Bankkonto mit 1,34 Mill. M enthält Aufwendungen für das Fränkische Ueberlandwerk. Die Elektrizischen Zentralen in eigener Verwaltung sind mit 1,5 Mill. M bewertet. Der Effektenbesitz umfaßt 24,5 Mill. M Wertpapiere und 16,3 Mill. M Reichsschatzanweisungen. Die Debitoren minderten sich um 29 Mill. M auf 13,5 Mill. M infolge des oben erwähnten Darlehens sowie infolge Anlage in Reichsschatzanweisungen und Reichsanleihen. Die genannten 13,5 Mill. M sind in der Hauptsache Gewinnanteile und Bankguthaben. Dem stehen an Passiven gegenüber bei 70 Mill. M Aktienkapital und 10,7 Mill. M Gesamtreserven eine Obligationenschuld von insgesamt 36,7 Mill. M und Kreditoren im Betrage von 3,82 Mill. M, die die Guthaben der Lieferanten, Betriebsunternehmungen etc. enthalten.

Der dem Jahresbericht als Ergänzung beigegebene Abschluß der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. erwähnt, daß die Umstellung von Kriegsarbeit auf Friedensarbeit reichliche Mühe verursachte, sich aber störungslos voll-

zog. Die Beschäftigung in der Abteilung Zentralen brachte zunächst unter dem Druck der Rohstoffsteigerung nur geringe Aufträge, hat aber, seit sie aufgehoben ist, beträchtlich zugenommen. Staatliche Anlagen u. a. Baden's erteilt für ihre 100 000- bis 110 000-Volt-Fernübertragungen größere Aufträge. Die im Vorjahr für die 100 000-Volt-Anlagen des Reiches, des Murgwerks und der Pfalzwerke abgelieferten Transformatoren und Schaltanlagen arbeiten weiterhin störungsfrei. In Ausführung sind unter anderem auch 40 km 200 000-Volt-Leitung für das Murgwerk, 120 km 60 000-Volt-Leitung für das Kraftwerk Wiesmoor. Die beiden 100 000-Volt-Fernleitungen des Murgwerks und der Pfalzwerke mit einer Gesamtlänge von rund 290 km wurden über eine neu errichtete, über den Rhein führende 12-km-Strecke zur gegenseitigen Unterstützung und Entlastung zusammengeschaltet. Das Parallelarbeiten der beiden über diese 290 km gekuppelten Kraftwerke Murgwerk und Homburg macht keine Schwierigkeiten. — Die Abteilung Bahnen hat gemeinsam mit anderen Elektrizitätsfirmen Vorarbeiten für den Aufbau elektrischer Einheitslokomotiven in Angriff genommen. Die Wiesentalbahn hat den elektrischen Vollbetrieb eröffnet.

Das Gewinn- und Verlustkonto schließt unter Berücksichtigung des Vortrages vom Vorjahr (M. 837 799,60) mit einem Bruttogewinn von 28 888 233,36 M ab. Hiervon sind die Handlungskosten etc. im Betrage von 8 622 258 M sowie die Zinsen auf das unkündbare Darlehen der Gesellschafter von 4,5 Mill. M abzuziehen, so daß ein Reingewinn von 15 203 975 M bleibt, woraus 10% Dividende verteilt werden sollen.

Aus der Bilanz der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. für das am 31. Juli 1919 beendete Geschäftsjahr sei folgendes mitgeteilt: Wertpapiere stehen bei 59,24 (i. V. 34,09) Mill. M. Dauernde Beteiligungen mit 16,78 (10,33) Mill. M gebucht. Debitoren mit 109,87 (109,37) Mill. M. Rohmaterialien mit 56,78 (33,84) Mill. M. Angefangene und fertige Fabrikate mit 46,52 (52,36) Mill. M. Die Steigerung des Kontos Rohmaterialien ist der Erfolg der guten Eindeckung und das Ansteigen der Preise. Das unkündbare Darlehen der Gesellschafter der Siemens u. Halske A.-G. und der Elektrizitäts A.-G. vorm. Schuckert u. Co. ist (wie an anderer Stelle erwähnt) von 50 auf 70 Mill. M gestiegen. Kreditoren haben 129,08 (120,69) Mill. M zu fordern.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 12. Jan. (Eig. Drahtb.) Am Montagnachmittag strebten die Kurse weiter nach oben, wobei Harpener ihre Kurssteigerung fortsetzten und mit 325,26% gewonnen. Boderus gingen 12%. Mannesmann 5% höher um. Auch blieben Gelenkirchen und Deutsch-Luxemburg fest. Kali Westeregeln mit 375 + 6%, Ascherleben 271 + 5%, lebhafter umgesteuert. Lombarden bewahrten feste Haltung. Schantungsbahn abgeschwächt. Canada schwankend 1006-980. Am Industriemarkt bestand lebhafter Kaufdruck nach Zellstoff. Aschiffenburg, welche mit 229,29% Zement Heidelberg mit 200 rat. 5% gesteigert wurden. Mannesmann + 5%. Badische Zuckerfabrik + 6 1/2%. 357. Felten u. Guillaume + 4%. Mexikaner schwächten sich ab, dagegen lagen Griechen fest.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zur Zollfreiheit der elsaß-lothringischen Aushuhr.

Strasbourg, 12. Januar. (Eig. Drahtb., ind.) Auf Vorschlag Clemenceaus unterzeichnete der Präsident der Republik einen Erlaß, welcher die Aushuhr von Produkten elsässischer und lothringischer Herkunft nach Deutschland regelt. In dem Bericht, den Clemenceau zu diesem Zwecke an den Präsidenten der Republik richtete, wies er darauf hin, daß laut Art. 68 des Friedensvertrages mit Deutschland die natürlichen und fabrizierten Produkte, die aus Gebieten stammen, welche an Frankreich abgetreten wurden, von Deutschland während einer Periode

von 5 Jahren zollfrei zur Einfuhr zugelassen sind. In Ausführung dieses Artikels sieht der Erlaß vor, daß aus Elsaß und Lothringen stammende Produkte vom 10. Januar 1920 bis 10. Jan. 1925 Zollfreiheit genießen unter der Bedingung, daß die auszuführenden Waren von den Handelskammern in Straßburg, Metz, Mülhausen oder Kolmar mit Ursprungszeugnissen versehen sind. Für gefälschte Ursprungszeugnisse oder Verkauf von solchen, sind hohe Strafen vorgesehen.

Das badische Ausfuhrverbot von Uhren wieder aufgehoben. oc. Waldshut, 13. Jan. Das bad. Ministerium des Innern hat Blättermeldungen zufolge das Verbot der Aushuhr von Uhren, Uhrenwerken sowie Kinderspielwaren aller Art nach der Schweiz wieder aufgehoben.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Januar

Pegelstation von Rhein	Datum						Bemerkungen
	8.	9.	10.	11.	12.	13.	
Sobatorinsel	1,98	1,02	1,98		2,70		Abends 6 Uhr
Kehl	2,05	2,02	2,01		2,22		Nachts 2 Uhr
Wassau	2,05	2,02	2,06	2,10	2,15		Morgens 7 Uhr
Mains						6,19	Vorm. 2 Uhr
Kaib							Nachts 2 Uhr
Kain							
vom Neckar:							
Mannheim	5,09	4,70	4,68	4,91	3,71		Vorm. 7 Uhr
Heidelberg	1,60			4,46			Vorm. 7 Uhr

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

Unbefugter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.
14. Januar: Veränderlich, milde, Windig.
15. Januar: Veränderlich, milde, Stürmisch.
16. Januar: Bedeckt, frostig, milde, Niederschlag, teilsbig.
17. Januar: Veränderlich, milde.

Witterungsbericht.

Datum	Barometerstand mittags 7 Uhr mm	Temperatur mittags 7 Uhr Grad C.	Tiefste Temp. in der Nacht Grad C.	Niederschlag Liter auf den qm	Höchste Temp. des Vortages		Bemerkungen
					Wind	Schneefall	
7. Januar	752,8	0,8	-1,5	—	2,9		bedeckt
8. Januar	728,5	0,8	-1,5	—	1,6	0,2	bedeckt
9. Januar	142,3	2,1	2,2	2,4	3,4	0,2	teilw. regn.
10. Januar	747,4	1,4	1,0	2,2	3,2	0,2	bedeckt
11. Januar	749,0	0,2	0,2	2,2	10,4	0,6	teilw. regn.
12. Januar	713,0	0,2	1,0	0,3	12,4	0,6	teilw. regn.
13. Januar	752,8	11,2	6,5	1,9	10,0	0,2	Regen

Schluß des redaktionellen Teils.



System "Müller" Landw. Bauten jeder Art
Scheunen-Bauten
Feldschuppen, Hofschuppen, Geräteschuppen
Arbeiterhäuser, Hallen, Loggien
Broschüre und Preisangebots-Kostenfrei!
164 AMBI, Abt. I/122 Berlin-Johannisthal.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde

Mittwoch, 14. Januar gelten folgende Marken:
I. für die Verbraucher:
Butter: 1/2 Pfund zu Mk. 1,04 die Buttermarke 97 in den Verkaufsstellen 251-330. Für die Verkaufsstelle 250 (Emanuel Strauß) befindet sich der Verkauf bei Gerber & Hundbrecht, J. u. 4 u. 10.
Rindermittel: 1 Paket Radel's Rindermittel zu Mk. 1,70 und 2 Pakete Rindermittel zu 40 Pf. das Paket für die Rindermittelmarkte 49 in den Verkaufsstellen 1-1668.
Fett: Auslandsmargarine 1/2 Pfund zu Mk. 3,15 die zweite Hälfte des Sammelabchlusses der Fettkarte in den Verkaufsstellen 401-860.
Wegener oder Barmen: für 1/2 Liter die Marke 100 Kartoffeln: für 2 Pfund Kartoffeln (das Pfund zu 50 Pf.) und 3 Pfund Speiseerbsen (das Pfund zu 18 Pf.) die Kartoffelmarkte 236 in den Verkaufsstellen 616-1600.
Schnitzholz: Marken für die aufgedruckten Preisen in den Apotheken und Drogerien.
Rais: 200 Gramm zu Mk. 1,41 für die Kartoffelmarkte 10 in den Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1-1668.
Kartoffeln: 300 Gramm für die Kartoffelmarkte 11 in den Kolonialwaren-Verkaufsstellen 1-1668 (das Pfund Mk. 1,90).
II. für die Verkaufsstellen:
Zur Abgabe sind bereit:
Fett: Auslandsmargarine 1/2 Pfund zu Mk. 3,15 für die Verkaufsstellen, 501-782 und 850-935 im Verkaufslager Q 2, 3 am Mittwoch, den 14. ds. von 9-12 Uhr; ferner die gleiche Menge für die Verkaufsstellen 783-854 in der Hof Q. 2. B. Pflanzengartenstraße 12 am Mittwoch, den 14. ds. von 8-12 Uhr. Ausweis und möglichst Scheine als Bezahlung mitbringen.
Butter: 1/2 Pfund zu Mk. 1,04 für die Verkaufsstellen 251-426 am Mittwoch, den 14. ds. von 9-12 Uhr.
Sächsisches Lebensmittellamt, C 2, 14/18.

Todes-Anzeige.

Noch in tiefer Trauer um den Verlust unserer dahingeschiedenen unvergesslichen Frau Clara Elkan machen wir hiermit die taugliche Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meine innigstgeliebte Gattin, unsere herzensgute Mutter, Großmutter und Schwägerin

Frau Henriette Rhonheimer geb. Bachmann

nach kurzem Krankenlager im nicht vollendeten 60. Lebensjahre uns durch den Tod zu entreissen.

Mannheim, den 12. Januar 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Max Rhonheimer
Ida Esslinger geb. Rhonheimer
und 3 Söhne
Berthold Rhonheimer
Hermann Elkan.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14. Januar 1920, vormittags 11 Uhr von der israelitischen Leichenhalle aus statt. 518
Blumenspenden und Kondolenzbesuche dankend verboten.

Bekehrerung.

Am Mittwoch, den 14. Januar, sowie am Donnerstag, den 15. Januar, jeweils von vormittags 8-12 Uhr und nachmittags von 2-6 Uhr findet in der Turnhalle der Reichshalle U 2 die Bekehrerung der in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 30. Juni 1919 im Bereich der städtischen Straßenbahn in Mannheim gefundenen und nicht abgeholt Gegenstände statt.

Der Bekehrerung gelangen:
Perren, Damen- u. Kinderhüte, Spazierstöcke, Geldbeutel, Handtaschen, Säckchen, Brillen, Ringe, Ohrring, Emailknöpfe, Nadeln u. a. m.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!
Roth ist es Zeit, alle
Zahngelassen
auch zerbrochen und
Holzbrandstifte
gut zu verkaufen.
Zahle pro Zahn 5-50 Mk.
Holzbrandstifte von 30-70 Mk.
je nach Größe. Verkauf 6317
nur Mittwoch, den 14. Januar
im Hotel Odenheimer, D 5, 1.
von 10-12 Uhr. - Ullingerer Eingang.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser guter treubesorgter Vater, Schwiegervater und Großvater, Herr

August Müller-Engelhardt

im nahezu vollendeten 86. Lebensjahre, nach längerem Leiden am 6. Januar 1920.

MANNHEIM, 12. Januar 1920.

Anna Müller
Amalie Reihard geb. Müller
Alexander Reihard
und 3 Enkel. B9467

Bekundbesuche u. Blumenspenden im Sinne des Verstorbenen dankend verboten. Die Einäscherung findet in aller Stille statt.

Landwirte hört!!

Ich habe einen R. Ruten im Alter von 6 1/2 Jahren. Der Kleine soll kommende Oftern in die Schule kommen. Das Kind ist in der Ernährung vollständig zurück, da es kein an Milch und fröhlicher Kost feilt. Landwirte, denkt auch an unsere Kinder und nehmt den Kleinen einige Wochen auf! Bezahlung nach Vereinbarung.

Näheres bei Hans Siedel, Mannheim, Lange Klösterstr. 54. part.

Schokolade
Labouesse in 1/4 kg.-Tafeln empfiehlt für Wiederverkäufer
M. Bausch Witwe
Ludwigsafen a. Rh. Tel. 744

Miet-Gesuche

8 Zimmerwohnung (Uststadt) gegen
3-6 Zimmerwohnung
zu tauschen gesucht.
Näheres unter W. U. 170 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 530

Wohnungstausch.

Wer in Frankfurt a. M. eine moderne Wohnung sucht und hierfür eine ebensolche in Mannheim eintauschen kann, wolle gefl. die Telefonnummer 1748 oder 339 hier anrufen. 432

2-3 Räume

für Bürozwecke per 1.4. oder früher gesucht. Angebote erbeten u. R. M. 262 an Rudolf Mosse, Mannheim. 6

Lagerraum

etwa 60 qm für Maschinen gesucht. Wer liefert mir evtl. etwa 100 Maschinen je 250 kg auf mehrere Monate? Angebote unt. B. B. 97 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 202

3 Zimmer-Wohnung mit ebensolcher in Heidelberg?

Angeb. u. A. O. 46 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 202

6-7 Zimmer-Wohnung

per sofort oder später begehrt, zu miet. gesucht. Genehmigung vorhanden. Angeb. unter U. W. 122 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten. 217

5 Zimmer mit Bad, part., gegen 3 Zimmer

sofort zu tauschen 29041
Ludwigshafen oder Höhe
in Badenweiler, 24, 1.
zwischen 10 u. 12 Uhr.

Offizier a. D. sucht

umgehend heizbares, ungedecktes
möbl. Zimmer
im Lindenhof, Nähe der Rheins. Da viel auswärts, nur wenig benutzt. Angeb. unter W. O. 166 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 202

gemütl. Heim!

in dem Hof, Nähe der Rheins. Da viel auswärts, nur wenig benutzt. Angeb. unter W. O. 166 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 202

Vermietungen

Möblert. Zimmer mit Klavier zu vermieten. 20469
Rapaport, U 3, 13.

Verloren.

Sonntag, 11. Januar mittags 10 Uhr schwarzer Skunkspelz verloren. Abzug gegen Belohnung 29510 J 7. 27.

Goldene Krawattenadel

(Wienförmig) mit bläulichem Stein in der Mitte verloren. Da alles Rosenrot geg. habe Belohnung abzugeb. Keine Strafe. 4. Bl. 29357

Papiergeldtasche

mit Inhalt verloren. Abzug gegen Belohnung D 7, 20, part. 20425

brauner Damenpelz

durch Windstich am Sonntagabend nach 6 Uhr in der Mittelstraße von Pumpwerk bis Brühlstraße abzugeben gegen gute Belohnung Waldhofstr. a. n. 22, 1.

Schw. Velourhut

am Freitagabend verl. Abzug geg. gute Belohnung. Friedrichstraße. 1. V.

National-Theater.
Dienstag, den 13. Januar 1920.
5. Volks-Vorstellung
Jugend
Anfang 6 Uhr. Ende nach 8 Uhr.
Künstlertheater „Apollo“
heute und morgen abends 7 1/2 Uhr: Ludwig Schmitz in der Parodie „Ein hochanständiger Mensch“, außerdem das hervorragende Varietèprogramm. In den oberen Sälen **Kabarett**. 492

3 Komponistenabende
Klavierwerke von 343
Brahms, Schumann, Liszt
vorgelesen von
walter Rehberg
1. Abend: Kompositionen von **Joh. Brahms**
Donnerstag, 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr
im Harmoniesaal, D 2, 6
Tageskarten 5.-, 4.-, 3.- für Schül. 1/2 Preise
Verkauf: Mannh. Musikhaus u. Abendkasse

Jugendtheater — Liedertafel-saal, K 2, 32
Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr
Die Zwergenpost.
Karten ab heute bei S. Reop, U 1, 4, Telefon 1666

Kabarett Rumpelmayer.
Bobby Walter
der ausgezeichnete Charakteristiker
sowie das übrige glänzende
Januarprogramm. 52

21. Januar — 8 Uhr — KASINO
Vorlesung aus der Bibel
IRENE
TRIESCH
BERLIN.
Karten 8.-, 6.-, 4.-, 2.- im Mannh. Musikhaus, P 7, 19a und Abendkasse.

Landeskirchliche Vereinigung
Ortsgruppe Mannheim
Vorsitzender: Pfarrer Klein.
Einladung zu einer Mitgliederversammlung
am Mittwoch, den 14. Januar,
abends 8 Uhr, im großen Saal
der Liedertafel, K 2, 31/32.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Stadtpfarrer Klein:
Grundzüge der neuen Kirchenverfassung
2. Musikalische Darbietungen. 466
Gäste sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Wander- u. Vergnügungsges. „Wako“
gegr. 1912
MANNHEIM.
Unseren Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unsere

Tanz-Stunde
jeweils Donnerstags vom 15. Januar
ab 8.00 Uhr abends in der Bäckerei-
Liedertafel 5 6, 40, stattfindet.
Der Vorstand.

Tanz-Institut
Pfarrmann
Telephon 3908.
Neujahr Febr. beginnt
im Ballhaus wieder neuer
Privat-Tanzkurs.
Man verlange Syllabus.
Ludwig Pfarrmann
Speisenstrasse 5.

Näh- und Zuschneidekurse!
Gründlichen Unterricht im Anfertigen sämtlicher Damengarderoben B9419

Tages- und Abendkurse.
Neu-Anmeldungen ab 15. Februar 1920.
KUFFNER-KOEBIG, S 6, 18.

Hart- und Weichholz
rationiert und unrationiert.
Belegt frei Keller B9373
Holzhandlung **Eldracher** Tel. 3392
Pestalozzistrasse 20.

Die Einwohnerwehr ist unpolitisch
und frei von allen gegen die Regierung oder gegen einen Volks-
teil, insbesondere gegen die Arbeiter, gerichteten Zielen. Alle anderen
Behauptungen sind
falsch und erfunden.
Mitbürger!
Helft eine Einrichtung fördern, welche
Allen
dienen will, die es mit unserer Stadt und dem Vaterlande gut meinen!
Mannheim, im Januar 1920.
Der Werbeausschuß.

Colosseum — Walhalla
Dienstag, den 13. bis 15. Januar:
4-Akter Neu für Mannheim 4-Akter
In Handlung und Spiel erstklassig
Aberglaube
Der Roman einer Zirkus-Tänzerin.
In der Hauptrolle: **Ellen Richter.**
Was den Männern gefällt
Lustspiel in vier Akten mit größtem Lacherfolg

Dienstag, den 13. bis 15. Januar:
4-Akter Detektiv-Schlager 4-Akter
Eine Nacht im Fremdenzimmer
Siebentes Abenteuer des berühmten
Detektiv Harry Higgs.
Steigende Spannung von Akt zu Akt.
Elly, das Flimmerkätzchen
Lustspiel in drei Akten. 548
Anfang 6 Uhr. — Ende 10 Uhr.

V. K. S.
Vereinigung kaufm. und techn. Standesgenossen
(freie Angestellten-Gewerkschaft)
Sitz Mannheim.
Hierdurch laden wir unsere Mitglieder zu der am **Mittwoch, den 14. ds. Mts.,** präzis 8 1/2 Uhr im Saale des **Rodensteiner, Q 2, 16,** stattfindenden
General-Versammlung
ein. 548
Tages-Ordnung:
1. Jahres- und Rollenbericht.
2. Entlohnung der Zentralleitung und Kernwohl des Gesamtverbandes.
3. Wahl von Revisoren.
4. Entwürfe.
NB. Es haben nur Mitglieder Zutritt, die im Besitze des neuen Mitgliedsbuches (neu) sind und die fälligen Marken rechts geliebt haben.
Die Zentralleitung.

Geschäftseröffnung und Empfehlung.
Nach nunmehr 19-jähriger Tätigkeit als Zuschneider bei der Firma **ZERBE & KAUFMANN** Radlfg., habe ich mit heutigem ein
Geschäft für feine Maßschneiderei
eröffnet. Indem ich meinen werten Kunden sowie Freunden und Gönnern für ihr bisheriges Vertrauen herzlich danke, verbinde ich hiermit die Bitte, mich auch in meinem eigenen Geschäft unterstützen zu wollen. Für sorgfältigste und faulelose Ausführung, sowie guten Sitz leiste ich volle Garantie. Auch führe ich ein
Lager nur erstklassiger Stoffe
Mein Geschäft befindet sich, bis ich ein geeignetes Lokal habe, in meiner Wohnung B9365
U 4, 21^{II}.
Hochachtungsvoll
Sigm. Stumpf, Schneidermeister.

Herd- und Ofen-Reparaturen
Brennen und Backen garantiert. 584
Herdschlosserei **F. Krebs, J7, 11** Ofensetzer

Zum Nähen
wird nach angenommenen
zu erfragen B9414
Damenschneiderei
Bürgermeister-Buchstr. 17
3. Stock rechts.

Nur noch drei Tage!
zeigt die
Schauburg
das spannende
Kriminaldrama
Der Erbe vom Lilienhof
und das interessante
5-Akter-Drama
Dem Glück entgegen
mit 528
Hilde Wolter
in einer Doppelrolle.
Nur noch drei Tage!
Herrn-Anzüge
werden sofort angefertigt
(sowie gewaschen, repariert
und gebügelt. 98
Schule sowohl in Mannh. u. h. h.
Friedr. Trübel, Schneider, K 2, 25

Agentur
für Schuler, Regenwägen
ic. mit 3 gr. Geschäftsbüchern
abgegeben.
Angebote u. A. N. 43
an die Geschäftsstelle
dieses Blattes. B9375

Jungfer Anna steht
Modell bei Maler.
Angebote unter A. U. 56
an die Geschäftsstelle
dieses Blattes. B9387

Pflege-Gesuch.
Ich suche bei edler
Familie sehr gute Haus
Pflege u. Erziehung
für meinen 14-jähr. Knaben,
lerner ebenso leeres
**Zimmer, Erbitte aus-
süßl. Angebote unter**
B A. 56 an d. Geschäftsst.

Pianos
in Kauf u. Miete
bei 583
Heckel
Piano-Lager O 3, 10
für Damenkleider keine
**Hand- u. Kurbelsticker-
reien, Hohlsäume**
etc. werden prompt an-
gefertigt. B9194
Schober, Q 7, 15.
Telephon 4325.

**D. Tender-
Lokomotiven**
Bauart Klein- und
sogar zu verkaufen. An-
fragen an B9406
Schroederbeyer
Halle a. S., Haupt-
postlagernd.
Theater u. B9402
Ball Schals
u. Neuauflage bis obzug
Sachsenheimerstr. 46 III.

Wer beteiligt sich
an französisch u. englisch.
Dr. 1.— pro Stunde, für
Anfänger 3 Fortgesch.
auch Kurse I. Spanisch.
Jahres u. O. Y. 149
a. b. Gehalt teilweise ds. Bl.

Heirat.
Eigenes Heim.
Sehr zurückgezogen, leb.
Blondine, hübsche Kauf-
mannstochter, evange-
lisch, 32 Jahre alt, mittelgroß,
lehnt sich nach treuer Liebe
und Ehe mit christl. geb.
Herrn, nat. Gefinnung. Ich
selbst bin häusl. erz. mut-
terlich, lüchtl. wandert.
u. süßliche viel. Intervall bei
meiner Gatt. Habe Wäsche-
ausstatt. u. feilb. Schlafz.,
Spül. Barbe u. od. Ge-
schäftst. Bei ev. Ueber-
nahme des leigt. möge jed.
Herrn erfordern. Dietrich
Christliche Vertrauens-
Zuschüssen mit Bild unter
V. R. 167 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl. 349

**Haushaltungs-
Kerzen**
hell brennend, nicht rühend
per Paket à 300 Stk. zu
25 Stk. per T. a. hochzeit.
Kerz. p. Gebrauchspreis.
Licht 50 Pakete werden
nicht versandt. B9342
Reinger & Aumiller
Rödingen (Bsp) D 154.

Goldflöte
berühmt
besteht aus
Goldgarn
dieses Flöt. besteht
aus 100% Gold u. Silber
für 3.5. Bestehen 22. 4.50
nur in regelmäßiger
Wochentage u. Wochentage

Nähmaschinen
repariert
Knudsen, L 7, 3.
Wartung gerät!


Vertausche
Mahagoni-Salon
elegant, unbenutzt gegen
Herrenzimmer
Näheres in der Geschäfts-
stelle ds. Bl. B9433

Uhren
werd. (sine), gut
u. bill. repariert
unter Garantie.
Sinf. u. Damen-
u. Herren-Uhren
Günther-Sommer, J4, 1, III
Uhrmacher und Juweller.
**Nachhilfe und
Aufsicht**
Bittlich. B9435
Vollg. Mittelschullehrer.
Reinhäuserstr. 15.

B. V. H.
Die für 15. Januar 1920 in München
angesetzte Versteigerung
von Kraftwagen findet wegen der einge-
tretenen Verkehrssperre
nicht statt.
Bayerische Verwertungsstelle für Heeresgut
München, Promenadeplatz 6.

**Zivil-
Kriminal-
Detektiv-**
Sachen, Ermittlungen, Beobachtungen, Ueberwachungen,
Beweismaterial, spez. i. Ehe- u. Alimentations-Prozessen,
Privatankläge über Vermögen, Verleihen usw. allerorts.
Sachen, Recherchen in allen
Fällen, Ermittlung anonymen
Briefschreibers. Sachen jeder
Art werden
gewissenhaft u. beweiskräftig erledigt. Absolute Diskretion. Erste Referenzen.
H 2,5 **Detektiv-Zentrale Mannheim** H 2,5
Carl Ludwig Dösch — Telephon 4615. S 1

Mehrere 1000 Quadratmeter
Fabrik-Gelände
mit einer oder mehreren Hallen im
Industrie-hafen oder **Rheinau**
gelegen, sofort zu **kaufen** oder zu **mieten**
gesucht. **Geisanschluss erwünscht.**
Angebote unter U. L. 111 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes. 274